https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/3636

Gen-ethischer Informationsdienst

Unser Leben - unsere Rechte

Kleinbäuerinnen und -bauern kämpfen für Wesentliches

AutorIn
Elizabeth Mpofu

Mehrere hundert Menschen aus allen Teilen der Welt kamen im März in Schwäbisch Hall für einen Kongress zur Unterstützung der Erklärung für die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zusammen. Die Organisation La Via Campesina ist eine der wichtigsten Kräfte hinter dieser Bewegung. (pdf)

Bevor wir inhaltlich in das Interview einsteigen, möchte ich Sie bitten, uns von Ihrem persönlichen Hintergrund zu berichten.

Ich komme von einem Familien-geführten Bauernhof in Simbabwe, der zu der Zeit als ich aufwuchs nicht den Vorstellungen entsprach, wie wir sie jetzt zum Beispiel mit dem Begriff Agroökologie beschreiben. Unser Hof war eher von einem agrar-industriellen Bild von Landwirtschaft geprägt. Das war die Landwirtschaft, die von unserer damaligen Regierung unterstützt wurde.

Als wir später unsere Organisation gründeten, haben wir uns an traditionelle Anbausysteme erinnert, mit denen unsere Brüder und Schwestern in früheren Zeiten gute und gesunde Nahrungsmittel produziert hatten. In dieser Organisation konnte ich meine Vorstellungen von Landwirtschaft entwickeln. Ich war damals verheiratet, mein Mann arbeitete als Angestellter. Ich arbeitete in unserem Garten und produzierte vor allem Gemüse. Wir wollten die Ressourcen nutzen, die unser Land, unsere Region uns bereitstellen konnte. Wir wollten auch unser eigenes Saatgut nutzen.

Heute bin ich die Vorsitzende der Organisation der *Ökologisch arbeitenden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von Simbabwe* [ZIMSOFF] und mittlerweile auch für *La Via Campesina* [LVC] auf der internationalen Ebene als Generalsekretärin aktiv.

Können Sie uns von den bisherigen Kampagnen von LVC berichten?

Wir kämpfen gegen die transnationalen Konzerne, die mit Technologien auf die Märkte drängen, die nicht zu unserer Art Landwirtschaft passen. Natürlich engagieren wir uns für die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Dabei konzentrieren wir uns aktuell auf sehr grundlegende Aspekte: Es geht um das Recht auf Saatgut, das Recht auf Land oder das Recht auf Biodiversität. Wir müssen unsere Regierungen dazu bringen, größere Anstrengungen zu unternehmen um die Situationen unserer Leute zu verstehen und sie zu respektieren. Wir kämpfen für das Recht, ein Einkommen zu haben und - was für uns im Zentrum steht - wir kämpfen für unsere Ernährungssouveränität. Das sind die Rechte, für die wir uns grundsätzlich und mit der

Bauernrechte-Erklärung einsetzen. Diese Rechte sind für uns nicht verhandelbar! Wenn wir über diese Themen sprechen, dann sprechen wir über unser Leben und die damit verbundenen Folgen für unseren Planeten.

Wie ist die Kampagne für die Erklärung für die Rechte der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern entstanden?

La Via Campesina ist 1993 gegründet worden. An den anfänglichen Diskussionen zu der Deklaration innerhalb von Via Campesina war ich selbst noch nicht beteiligt. Das war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Damals wurden die ersten Ideen entwickelt, die später in den Prozess für eine Erklärung mündeten. In den 2000er Jahren sind einige befreundeten Organisationen - wie zum Beispiel die Menschenrechtsorganisation *FIAN* - dazu gekommen. Nach meinem Verständnis war deutlich geworden, dass Bäuerinnen und Bauern in verschiedenen internationalen Diskussionen zu wenig beteiligt waren. Genau genommen lag eine Art Missverständnis vor, *wie* sie in diesen Diskussionen beteiligt werden sollten. Zu dem Zeitpunkt wurden die verschiedenen Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiteten, einfach über einen Kamm geschoren, ohne zu unterscheiden, ob sie Kleinbäuerinnen waren, ob sie ökologisch oder industriell produzierten, ob sie mit Tieren lebten, mit ihnen umherzogen oder zum Fischen gingen. Gleichzeitig gab es in dieser Zeit für die industrielle Landwirtschaft starke Unterstützung seitens der Regierungen. Sie unterstützten eine Landwirtschaft, in der immer mehr Inputs wie mineralische Dünger und Pestizide zum Einsatz kommen sollten. Wir dachten, es sei Zeit sich zusammenzusetzen und zu überlegen, was für die Menschen auf dem Lande - die *Peasants* [1] - wirklich relevant ist.

Ich würde gerne für unsere Leserinnen und Leser aus einer Ihrer Präsentationen auf dem Kongress in Schwäbisch-Hall ein Zitat vorstellen: „ Die zukünftige UN-Erklärung über die Rechte der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und anderer Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten kann diese Probleme [Hunger, Unterernährung, Ausnutzung, Vertreibung, Kriminalisierung, Gewalt ...] lösen, indem sie die Rechte auf Land, auf Wasser, auf Saatgut und andere natürliche Ressourcen anerkennt und die Bedeutung der Verbesserung des Zugangs zu produktiven Ressourcen und Investitionen in angemessene ländliche Entwicklung betont.“ In welchem Sinne kann die Erklärung Ihnen helfen?

Wenn wir in den aktuellen Entwurf der Erklärung schauen, denken wir, dass sie uns helfen, unterstützen und schützen kann. Es gibt aktuell sehr heftige Auseinandersetzungen mit den transnationalen Konzernen und Investoren - gerade auch in Afrika. Das Phänomen des *Landgrabbings*, des Diebstahls von Land, ist hinlänglich bekannt. Den Menschen vor Ort werden die Nutzungsrechte entzogen - besser: gestohlen. Es wird nicht ausreichend anerkannt, dass es sich um das Land der Menschen vor Ort handelt. Ohne Land kannst du keine Lebensmittel produzieren. Auch ohne Saatgut - dein eigenes Saatgut - kannst du keine Lebensmittel produzieren. Du bleibst abhängig von den großen Konzernen.

In den Forderungen - nach Land, Saatgut, natürlichen Ressourcen und Biodiversität - steckt immer unser Leben. Darum geht es. Wenn unsere Regierungen verpflichtet sind, das zu respektieren und uns zu unterstützen, dann können wir sicher sein, dass wir ein gutes Leben haben können. Wir können unsere eigene Art der Landwirtschaft betreiben, mit Agroökologie und Ernährungssouveränität und wir sind nicht dazu verdammt, die Systeme von anderen zu übernehmen. Wenn unsere Rechte - wie es in der Erklärung zum Ausdruck gebracht wird - respektiert werden, kann uns das helfen ein Auskommen zu erwirtschaften.

Auch mit Blick auf den Klimawandel und die Folgen, die er für die Landwirtschaft mit sich bringt, sind wir überzeugt, dass uns die Systeme mit neuen Technologien, die die Agrarkonzerne im Angebot haben, nicht helfen werden. Die Vorräte, die Ressourcen neigen sich dem Ende zu und wir wollen jetzt auf Mutter Erde, die Umwelt, aufpassen. Das ist der einzige Weg, mit dem wir eine gutes und gesundes Leben erreichen beziehungsweise sichern können. Wir hoffen, dass die Erklärung Regierungen dazu bringt, Programme zu verabschieden, mit denen wir besser geschützt sind, zum Beispiel gegen das *Landgrabbing*. Aktuell haben wir derartige Programme nicht. Ich selbst zum Beispiel habe auch keine sicheren Titel für das Land, auf dem

ich wirtschafte. Zwar kann ich Land nutzen, das ich durch eine Landreform bekommen habe. Aber ich kann nicht sagen „Das ist mein Land“ und ich weiß nicht, was kommen wird. Gerade Frauen, die in den meisten Fällen die Felder bewirtschaften, haben sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Viele haben ihr Land verloren, weil wir derartige Programme zum Schutz des Rechts auf Land nicht haben. Die Bedrohung kann aus der eigenen Familie kommen, zum Beispiel wenn eine Frau ihren Mann verliert, sie ist aber natürlich auch in vielen Fällen durch Investoren sehr real. In diesen Fällen ist in irgendeiner Form die Regierung beteiligt - auf nationaler oder auf lokaler Ebene.

Die Erklärung kann also, in Verbindung mit der Umsetzung auf der nationalen Ebene zu einem Werkzeug für unseren Schutz werden.

Das bedeutet, dass ein Großteil der Arbeit, die die Erklärung zu einem wirksamen Werkzeug macht, mit einem Ergebnis in den Verhandlungen über den Text noch nicht getan ist.

Genau, Bäuerinnen und Bauern und ihren Organisationen müssen dann in ihren Ländern dafür sorgen, dass die Erklärung in nationales Recht oder nationale Programme übertragen wird. Nur so kann sie zu einem wirksamen Werkzeug werden. Aus diesem Grund spielt die Partizipation in der Erklärung eine sehr wichtige Rolle. Dabei geht es genau um den Platz, den die Betroffenen, also - wie es ja schon im Titel der Erklärung heißt - die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und andere in ländlichen Regionen arbeitende Menschen, an den Verhandlungstischen und in den Diskussionsrunden einnehmen werden. Dieses Recht, in diesen Prozessen dabei zu sein, ist ein Recht an sich. Es muss uns nicht erst von unseren Regierungen eingeräumt werden. In dem Moment, in dem sich die Regierung eines Landes dafür entscheidet, die Erklärung zu ratifizieren, sitzen wir am Tisch.

Und La Via Campesina und seine Mitgliedsorganisationen sind auf den verschiedenen Ebenen an diesen Prozessen beteiligt?

La Via Campesina ist in den verschiedensten Diskussionen und Kämpfen dabei. Natürlich sehen wir die Probleme vor Ort. Wir organisieren uns auf der globalen Ebene. Wir bilden Arbeitskollektive auf der Ebene der verschiedenen Kontinente, um zum Beispiele über die einzelnen Artikel des Entwurfes für die Erklärung zu diskutieren. Und unsere Mitgliedsorganisationen sind auf der nationalen Ebene aktiv.

Wie lange wird es noch dauern, bis die fertige Erklärung vorliegt?

Aktuell stellt sich die Situation uneinheitlich dar. Ein Teil der Länder könnte noch aktiver werden. Gerade auch bei den afrikanischen Regierungen haben wir noch einen langen Weg vor uns. Auch die deutsche Regierung könnte sich da aktiver einbringen. Auf der anderen Seite gibt es auch Unterstützung von einigen Regierungen.

Ich hoffe, dass wir 2018 bei den Vereinten Nationen in New York einen fertigen Text auf den Tisch legen können. Und dann werden wir ein Arbeitswerkzeug haben, das von Regierungen und von Peasants genutzt wird.

Ein motivierendes Schlusswort für dieses Gespräch. Vielen Dank und alles Gute!

Das Interview führte Christof Potthof.

Zu der Erklärung für die Rechte der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und anderer in ländlichen Regionen arbeitenden Menschen siehe auch den Beitrag „Global Peasants` Right“ von Rudolf Buntzel und Christof Potthof im GID 240 (Februar 2017).

- 1Peasants - dieser Begriff ist zentral in den Diskussionen über die Erklärung für die Rechte der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und anderer Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Im

Deutschen gibt es nichts Gleichwertiges, oft wird er mit „Kleinbäuerinnen und Kleinbauern” übersetzt. In den Entwurfstexten bietet der Artikel 1 eine Definition an, derzufolge ein Peasant jede Person ist, die - allein, in Gruppen oder Gemeinschaften - mit landwirtschaftlicher Produktion beschäftigt ist, oder sich in Zukunft beschäftigen will. Dabei ist es nicht wesentlich, ob es sich um Subsistenz handelt oder um die Produktion für einen Markt. Peasants stützen ihr Leben nicht notwendigerweise ausschließlich, aber signifikant auf Haus- und Familienarbeit und andere nicht-monetäre Systeme der Arbeit und sind in besonderer Weise abhängig von und verbunden mit dem Land. (Ausschnitt Artikel 1 des Entwurfes vom 06.03.17, im Netz unter www.global-peasants-rights.com oder www.kurzlink.de/gid241_rr; Übersetzung: CP)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 241 vom Mai 2017
Seite 13 - 15